



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922

424 (15.9.1922) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-205447](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-205447)

Mannheimer General-Anzeiger

Bezugspreise: In Mannheim und Umgebung monatlich 1,50 M., vierteljährlich 4,50 M., halbjährlich 8,50 M., jährlich 16,50 M. ...

Badische Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die kleine Seite Nr. 20. — Stellengesuche und Familien-Anzeigen 20%, Nachlag. Reklamen 22. 50. —

Beilagen: Der Sport v. Sonntag. Aus der Welt der Technik. Gesetz u. Recht. Mannh. Frauen-Zeitung. Mannh. Musik-Zeitung. Bildung u. Unterhaltung. Feld u. Garten. Wandern u. Reisen.

Die Reparationsverhandlungen.

Havenstein in London.

WB. Berlin, 14. September.

Wie wir von privater Seite hören, begibt sich heute Reichsbankpräsident Havenstein nach London, um dort mit der Bank von England die Fragen zu besprechen, die sich auf die in den Verhandlungen mit den Vertretern der belgischen Regierung bereits berührten eventuellen Garantien von englischer Seite für die von Deutschland an Belgien zu gebenden Schatzwechsel beziehen.

Die Hauptaufgabe Havensteins in London sei, festzustellen, unter welchen Bedingungen die Bank von England bereit wäre, die Garantien für die von Deutschland an Belgien auszuführenden Schatzwechsel in Höhe von 100 Millionen Goldmark zu übernehmen. Es werde bei den Verhandlungen Havensteins vielleicht auch die Frage der Bildung eines internationalen Bankentfortiums als Garantie- oder Diskont-Gemeinschaft für die deutschen Schatzwechsel eine Rolle spielen, in welchem Falle auch holländische Banken, darunter auch die Bank von Holland, in Betracht kämen.

Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der deutschen Industrie in der Garantiefrage fanden in letzter Zeit nicht mehr statt. Nach Schluß der gestrigen Chefbesprechung suchte der Reichsfinanzminister den Reichspräsidenten auf, um ihm über die gegenwärtige Situation eingehend Bericht zu erstatten.

Vorläufig keine deutsche Antwort an Belgien

□ Berlin, 15. September.

(Von unserm Berliner Büro.)

Es darf nunmehr als feststehend gelten, daß vorläufig eine Antwort auf die belgische Note erfolgen wird. Die deutsche Regierung beabsichtigt, erst den Verlauf der Londoner Besprechungen abzuwarten, die z. Zt. zwischen Havenstein und den englischen Finanzkreisen stattfinden. Der Grundgedanke der Sendung Havensteins ist, daß die Bank von England Belgien gegenüber Garantien für die Einlösung der Schatzwechsel innerhalb 6 Monaten leistet, während Deutschland der Bank von England gegenüber sich verpflichtet, innerhalb 18 Monaten die verauslagte Summe zurückzuerstatten.

Die Nachrichten aus Paris wissen irgend ein positives Ergebnis der zunächst ja nur unverbindlichen Verhandlungen zwischen den deutschen Delegierten und der Reparationskommission nicht zu melden. Behauptet wird, daß ein Verständigungsversuch Brabburgs vorliege, der auch der Reichsregierung bereits mitgeteilt wurde, und auf Grund dessen Havenstein nach London geschickt worden sei. Während der größte Teil der Pariser Presse immer noch mit dem Gedanken der Sanktionen heimgelagt, macht sich vereinzelt ein bemerkenswerter Stimmungsumschwung bemerkbar. So läßt die „Intransigant“ neue deutsch-französische Besprechungen der Industrievertreter an.

Die Besprechungen in Paris.

—: Berlin, 15. Sept. Der „D. A. Z.“ wird aus Paris gemeldet, nach dem heutigen Stand der Verhandlungen mit der Reparationskommission hoffe man immer noch auf deutscher Seite, der Notwendigkeit einer Ueberweisung einer Goldreserve entzogen werden zu können, falls es gelingen sollte, die Gegenseite zur Annahme bestimmter Pläne zu bewegen, über die gestern ununterbrochen ein lebhafter Meinungsaustausch zwischen London, Paris und Berlin stattgefunden hat. Im Laufe des gestrigen Tages hätten die Staatssekretäre Fischer und Bergmann noch zwei andere Vorschläge gemacht, die aber entweder von den Belgiern oder von den Engländern zurückgewiesen worden seien, der dritte Plan scheine einen Ausweg aus den Schwierigkeiten zu finden.

Durch eine englische Note seien die gestrigen Verhandlungen ungünstig beeinflusst worden. Die englische Note beziehe sich auf Zahlung der fälligen Summe aus dem Ausgleichsverfahren, wofür die Zahlungsmittel ebenso wenig verfügbar seien, wie für die Reparationsraten selbst.

Frankreich will vorläufig keine Zwangslage.

—: London, 15. Sept. Der Pariser Korrespondent des „Manchester Guardian“ schreibt, in der Reparationskommission suche man selber einen Ausweg aus der deutsch-belgischen Sackgasse zu finden. Paris seien die Belgier unzugänglich geworden und hätten ihre Bestrebungen der letzten Tage zu einer vernünftigen Lösung zu kommen, vergessen. Ihre offizielle Klage gegen Deutschland sei schon in der Hand der Kommission, die diese jedoch zurückweisen werde. Man sei in Paris davon überzeugt, daß die Entschädigung nicht hemmend geworden sei. In auf informierten Pariser Kreisen wird darauf hingewiesen, daß das Kabinett Poincaré eine wertvolle Abweigung gegen eine Zwangslage vor der nächsten Konferenz im November zeige. Man wünsche Zeit zum Nachdenken zu haben.

Der „Temps“ geht weiter.

—: Berlin, 15. Sept. Dem „B. L.“ wird von seinem Pariser Korrespondenten gebracht, die Note der deutschen Regierung, die für den 17. September statt der erwarteten zwei Millionen Pfund Sterling nur 500 000 Pfund Sterling als Zahlung für den Ausgleichsverkehr ankündigt, veranlasse den „Temps“ im Gegenjah zu der übrigen Presse wiederum zu scharfen Tönen. „Temps“ meine, Deutschland verkenne die Situation, wenn es glaube, bei der Reparationskommission das erreichen zu können, was ihm bei den Verhandlungen mit Brüssel nicht geglückt sei, nämlich auf Umwegen ein Moratorium für längere Dauer herauszuschlagen.

Wenn Deutschland den in der belgischen Note gestellten Forderungen nicht nachkomme, dann werde die von der belgischen Regierung benachrichtigte Reparationskommission die vorläufige Richterscheidung von Seiten Deutschlands zu konstatieren haben. Man wisse innerhalb der Reparationskommission sehr gut, daß Deutschland über genügend Zahlungsmittel verfüge (1), um die Raten vom 15. August und 15. September bezahlen zu können. Andererseits sei davon die Rede, daß bei einer englisch-holländischen Bankengruppe Geneigtheit besteht, für Deutschland das geforderte Geld bei der belgischen Nationalbank zu hinterlegen.

Ein nichts-sagendes Kommuniqué.

WB. Paris, 14. Sept. Ueber den heute in Rambouillet abgehaltenen Ministerrat, der von 11—12.45 Uhr dauerte, ist folgender Bericht bekanntgegeben worden:

Der Ministerpräsident hat den Ministerrat über die auswärtige Lage unterrichtet. Er hat seinen Kollegen von den Verhandlungen Kenntnis gegeben, die zwischen den belgischen Delegierten und der deutschen Regierung bezüglich der Bezahlung der nächsten Fälligkeiten stattgefunden haben. Er hat ihnen weiter die Richtlinien zur Kenntnis gebracht, die er infolge des Scheiterns dieser Besprechungen der französischen Delegation in der Reparationskommission gegeben hat. Diese Richtlinien sind einmütig gebilligt worden. Der Ministerpräsident hat dann seine Kollegen mit den Ereignissen, die sich in Kleinasien abspielen, befaßt. Auf seinen Vorschlag hat der Ministerrat einstimmig die Politik festgelegt, die verfolgt werden soll, um die Durchführung eines dauernden Friedens im Orient zu versuchen.

Das französische Defizit.

WB. Paris, 14. Sept. Wie amtlich mitgeteilt wird, sieht der Budgetvoranschlag für 1923 an ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben insgesamt 23 180 000 000 Franks vor, denen Einnahmen von 19 280 000 000 Franks gegenüberstehen. Das Defizit beläuft sich demnach auf 3 900 000 000 Franks. Die Finanzkommission ist zu der Ansicht gekommen, daß man durch Abstriche 300 Millionen Franks ersparen könne, jedoch nach ein Defizit von 3 600 000 000 Franks zu decken bleibt. Zu diesem Zweck hat die Finanzkommission der Regierung wiederholt Vorschläge gemacht über eine Revision der Steuerverwaltung, die besonders einen besseren Eingang der Steuern sicherstellen soll. Das Spezialbudget der wiedererreichbaren Ausgaben wird sich im Jahre 1923 auf 10 148 000 000 Franks belaufen. Eine Deckung dafür ist noch nicht gefunden.

Stinnes reist nach Nordfrankreich.

—: Köln, 14. Sept. Wie der Essener Vertreter der „Köln. Ztg.“ hört, wird auf Einladung von Ruberac Stinnes in einigen Tagen die zerstörten Bezirke Nordfrankreichs besichtigen, um eingehendes Material zur Ausführung seines Vertrages mit Ruberac zu sammeln. Stinnes wird rund zehn Tage in Frankreich bleiben. Man erwartet, daß außer der Stinnes-Gruppe die gesamten übrigen deutschen Großindustriellen ebenfalls bald eine wirksame Tätigkeit beim Wiederaufbau der zerstörten Bezirke entwickeln und weitere Verhandlungen im Sinne des Vertrages Stinnes-Ruberac beginnen und abschließen werden. Es ist anzunehmen, daß diese Verhandlungen auf deutscher Seite unter Führung von Stinnes geführt werden.

Der internationale Gewerkschaftsbund und die politische Lage.

□ Berlin, 15. Sept. (Von uns. Berl. Büro.) Die internationale Arbeiterdelegation, bestehend aus Finnland, Holland, vom internationalen Gewerkschaftsbund, Jouhaux von den französischen Gewerkschaften, Wallhead von der unabhängigen Arbeiterpartei von England, hielten gestern eine mehrstündige Sitzung mit den Vertretern der deutschen Arbeiterpartei ab, die u. a. durch Wels, Crispian, Dittmann und Hilferding vertreten waren. Die Besprechungen galt in erster Linie der Entwidlung der politischen Lage in Deutschland und der Reparationsfrage. Jouhaux erörterte die durch das Stinnes-Abkommen geschaffene Lage und brachte die Wiederaufbaupläne der deutsch-französischen Gewerkschaften zur Sprache. Die auf der Amsterdamer Tagung gebildete 9köpfige Delegation wird binnen kurzem in Berlin zusammentreten. Auf einer gestern abend von der Berliner Gewerkschaftskommission veranstalteten internationalen Rundgebung hielten die ausländischen Arbeitervertreter Reden. Wallhead aus England trat für eine völlige Revision des Versailler Vertrages ein. Jouhaux Frankreich wandle sich gegen das Stinnes-Abkommen und befristete den Wiederaufbau Frankreichs durch deutsche und französische Arbeiter. Firmen aus Holland versicherten, daß, falls wieder ein Einmarsch ins Ruhrgebiet drohe, der internationale Gewerkschaftsbund diesmal seine Pflicht erfüllen werde. (Die Beschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube, nachdem ich sie schon so oft gehört habe!)

□ Berlin, 15. Sept. (Von uns. Berl. Büro.) Wie die „Dena“ meldet, hat der Aktionsausschuh der Geschädigten der zerstörten Bezirke Nordfrankreichs nach längeren Vorarbeiten beschlossen, die deutsche Regierung aufzufordern, beoollmächtigte Delegation zu einer Konferenz mit dem Aktionsausschuh nach Paris zu senden, damit ein Abkommen über die Vierung der nötigen Materials geschlossen werden könne. Das Abkommen soll dann unmittelbar der französischen Regierung zur Genehmigung vorgelegt werden.

Das Fragezeichen im Osten.

** Die Entente, vor allem das Verhältnis zwischen England und Frankreich, wird im nahen Orient auf eine harte Probe gestellt. Man kann fast sagen: die Entente hat einen neuen Stoß erlitten. Oder man kann auch sagen: Das Ringen zwischen England und Frankreich um die Vorherrschaft in Europa ist seinem entscheidenden Stadium mit einem Schlage nahe gerückt. Darum verdienen die Vorgänge des griechisch-türkischen Krieges unser Interesse. Denn die Fragen der Lösung des Orientproblems und der Regelung der Reparationsfrage, so wenig deutlich hier innere Beziehungen nach außen erkennbar werden, sind nur besondere Erscheinungspunkte des großen Zweikampfes zweier schon früher jahrhundertlang verfeindeter Staaten. Durch die geordneten Verhältnisse sind beide Fragen sogar in einen gewissen Zusammenhang gebracht worden, geeignet, mitteleuropäische Angelegenheiten entscheidend zu beeinflussen. Frankreich hat im Orient einen tatsächlichen Erfolg errungen, es hat auf die richtige Karte gesetzt; England hat eine tatsächliche Niederlage erlitten, es hat die Partie (anscheinend) verloren; die letzten Auswirkungen des türkischen Waffenerfolges bleiben abzuwarten. Das Prestige Englands in Asien, wo seine tatsächliche Macht allerdings noch unerschütterlich ist, hat gelitten; seine geschäftlichen Beziehungen können leiden. Seine Macht kann erschüttert werden. Denn der Sieg der Kemalisten hat eine gewaltige, freudige Erregung in die islamitische Welt getragen. In Kalkutta wie Kairo und Bagdad jubelt man, und das mohammedanische Selbstvertrauen stärkt sich an der Tatsache der Vertreibung der mit England befreundeten Griechen aus Kleinasien. Hoffnungen steigen auf in Indien, in Mesopotamien, in Ägypten, im ganzen englisch bevormundeten Asien. Frankreichs Presse zeigt unerschrocken ihre Freude an dem türkischen Erfolg, den sie ganz richtig als englischen Misserfolg erkennt. Die Verstimmung in England ist natürlich nicht gering, und es wird eines vorsichtigen Vorgehens um mancherlei Rippen wohl bedürfen, um das Schiff der Entente nicht zerfallen zu lassen. Viel hängt natürlich davon ab, ob Kemal den Frieden von Sevres achtet und die Neutralität der Meerengen unangefasst läßt, oder ob er in Siegerstimmung den Fehden Papier zerreiht. Dann ist Frankreich unmittelbar vor die Entscheidung gestellt, ob es sich stark genug fühlt, die Herrschaft Englands über die Dardanellen zu zerlegen, oder nicht, und ob ihm ein Erfolg im Osten so wertvoll erscheint, daß es einen Bruch mit seinem Alliierten, der leicht ein Bruch mit seinen Alliierten werden kann, riskieren will. Vorläufig wird gemeldet, daß man zum Schutz der Meerengen möglichst vorgehen wolle, England drängt jedenfalls darauf. Wer weiß, ob nun nicht Frankreich seine Haltung „verhärten“ will, und wer weiß, ob nicht England die Wahrung seiner Stellung an der Bforte nach Asien für wichtiger hält als gewisse mitteleuropäische Angelegenheiten, in die es verwickelt ist. Kann es nicht mit Konzessionen, zudem auf Anderer Kosten, die günstige Haltung Frankreichs erkaufen, dem gewisse mitteleuropäische Angelegenheiten doch wohl wichtiger sind, als die Ausbeutung der englischen Orientklappe? Man kompensiert über das Rheinland und die Reparationen — und läßt Deutschland die Kosten dieses Verkehrs tragen!

England hat angekündigt, daß es den Wiederantritt der türkischen Herrschaft über Konstantinopel nicht dulden wird. Es hat seine Mittelmeerflotte gen Osten dirigiert, Verstärkungen nach gefährlichen Punkten geworfen, um nicht nur den türkischen Absichten Halt zu gebieten, sondern auch den beunruhigten Gebieten von Mesopotamien, Syrien, Palästina, Ägypten und Indien seine Macht darzutun. Es ist sogar noch einen Schritt weitergegangen: es hat diplomatische Schritte unternommen, die kleine Entente, in erster Linie Jugoslawen und Rumänen, auf seine Seite zu ziehen. England hatte diesen Erfolg; die kleine Entente, bis jetzt geschlossen im Besitze Frankreichs, wendet sich von Frankreich ab, England zu. Frankreich hat die türkischen Ansprüche auf Ost-Thrazien und Adrianopel unterstützt, sowie die Forderungen Bulgariens befürwortet und hat damit eine antienglische Politik betrieben. Durch diese Politik aber hat es gleichzeitig die alten Freunde aus der kleinen Entente verschreckt, und ihnen den Anschluß an England leicht gemacht. Man darf auch nicht vergessen, daß Frankreich der schroffste Gegner Sowjet-Rußlands ist, daß aber Sowjet-Rußland verbündet ist mit der Regierung von Angora, und daß die Regierung von Angora ihrerseits wieder zum mindesten befreundet ist mit Frankreich. Ein Rollenwandel hat stattgefunden, ein weiterer Rollenwandel ist möglich. Alles ist im Fluß, die Kräfteverteilung noch nicht klar zu erkennen. Nur soviel steht fest, die Welt die durch die Friedensverträge aufgebaut worden ist, gerät mehr und mehr in Unordnung, wenn anders das, was die Verträge schufen, Ordnung überhaupt war.

Kompliziert wird die Angelegenheit ferner dadurch, daß auch Italien an der Lösung dieser Fragen stark interessiert ist; die Balkanfrage wird nicht minder in ein gefährliches Stadium gebracht als es die der Meerengen schon ist.

So scheint der Friede der Welt wieder einmal unmittelbar gefährdet. Was daraus erwächst, wird die nächste Zukunft uns sagen. Vielleicht dürfen wir schwachen Trost daraus schöpfen, daß die Friedensschlüsse nach dem Weltkrieg Verhältnis geschaffen haben, die unhaltbar sind und bereits zu zerfallen beginnen; vielleicht verstärken sich die Gegensätze zwischen England und Frankreich so, daß wir wirklich Erleichterung verspüren. Vielleicht aber wendet sich England, wie es schon angedeutet wurde, von den mitteleuropäischen Angelegenheiten ab und überläßt sie Frankreich als Spielball, um selbst die Meere und die fernen Länder — und den Weltball zu beherrschen.

Umschwung in der englischen Politik!

—: Berlin, 15. Sept. Die „Post. Ztg.“ erfährt aus London, Lord George beabsichtige seine bisherige Politik unter dem Druck der türkischen Drohungen gegen Thrazien aufzugeben und durch vermehrte Anstrengungen eine Einigung zwischen den verschiedenen Auffassungen der englischen und der französischen Regierung herbeizuführen. Im Foreign Office hofft man, daß die französische Regierung den englischen Botschafter über ihre Politik des nahen Ostens unterrichten werde und daß das englische Kabinett aufgrund dieser Erklärungen seine eigene Politik festsetzen könne. Es werde außerdem darauf geachtet, daß die Einigkeit zwischen den Verbündeten...

der Hauptstadt angesehen wird. Lloyd George sei nach weit davon entfernt, anzunehmen, daß seine griechenfreundliche Politik ein Fehler sei. Man glaube allerdings in der Umgebung Lloyd Georges, daß es ihm gelingen werde, ein Kompromiß zu Remas Forderungen zu finden, ohne seine Freundschaft für Griechenland aufgeben zu müssen. Wenn aber Frankreich nach wie vor Remas Forderungen in vollem Umfange unterstütze, so werde nichts übrig bleiben, als zu einer Konferenz Zuzucht zu nehmen. In Londoner offiziellen Kreisen sei durch die Annäherung der Kemalistischen Truppen an die durch die verbündeten Flotten bezeichnete neutrale Zone längs der Dardanellen ziemlich Beunruhigung hervorgerufen worden.

13. London, 14. Sept. Große Bedeutung wird dem morgen unter dem Vorsitz Lloyd Georges stattfindenden Kabinettsrat beigemessen, der sich mit der Frage des Nahen Ostens befassen soll.

13. London, 14. Septbr. Einer Reutersmeldung zufolge fährt heute abend ein Bataillon Infanterie aus Malta nach Konstantinopel, während sich weitere britische Truppen in Bereitschaft halten. Mit dem Eintreffen dieser Bataillone wird die britische Besatzungsmacht in Konstantinopel aus sechs Bataillonen Infanterie, einer Brigade Feldartillerie und einem Kavallerieregiment bestehen.

13. London, 14. Sept. „Daily Telegraph“ meldet aus Konstantinopel, man erwarte, daß Mustafa Kemal Pascha die neutrale Zone, die durch die Griechen besetzt sei, als verlegt erklären werde. Infolgedessen besprechen die alliierten Oberkommissare gegenwärtig die Frage einer gemischten Besetzung der neutralen Zone durch alliierte und türkische Truppen.

Französische Pläne in Vorderasien.

13. London, 12. Sept. Von einem diplomatischen Mitarbeiter wird dem halbamtlichen „Daily Telegraph“ über französische Pläne in Vorderasien Folgendes geschrieben: Der französische Unterhändler Franklin-Bouillon brachte Volcaré einen Vorschlag aus Angora, der beinhaltet, daß Frankreich die Bildung einer republikanischen Bundesgenossenschaft zwischen den kleinen asiatischen Sowjet-Republiken und der Türkei Remas begünstigen möge; als Äquivalent würde Frankreich hier wichtige wirtschaftliche Konzessionen erhalten. In Ruakassen befinden sich Franzosen, die über diese wirtschaftlichen Fragen Verhandlungen eingeleitet haben. In Ruakassen kennt man diesen Plan, und es läßt sich annehmen, daß Herzel die Angelegenheit mit den russischen Bevollmächtigten besprochen wird. Frankreich ist einer Umgestaltung des Schwarzen Meeres in eine „Wissenschaftlich-kemalistische See“ nicht untreu. Durch ein russisch-türkisches Kommando über das Schwarze Meer würden die Weltmächte, besonders England, ihren Einfluß in Vorderasien einbüßen.

Die thrasische Frage.

13. Sofia, 14. Septbr. Ahmed Riza Pascha, der Präsident des türkischen Senats, der auf der Reise nach Konstantinopel hier weilte, teilte bulgarischen Journalisten mit, daß die Türkei Ostthrazien bis zur Maritza verlangen würde. Er hält es für nötig, daß die Bulgaren Westthrazien erhalten, sobald ein Pufferstaat zwischen Türken und Griechen geschaffen würde. Die Türkei sei bereit, Ostthrazien autonom zu machen und zu entmilitarisieren. Wenn diese Frage zur Zufriedenheit der Türken geregelt würde, würde die Türkei keine Schwierigkeiten hinsichtlich der Rezerenzen machen, aber verlangen, daß die internationalisierte Kommission ihren Sitz von Konstantinopel nach Gailpoll verlege.

13. London, 14. Sept. Der politische Berichterstatter der „Westminster Gazette“ schreibt, die britische Ansicht, die in den im März gemachten Vorschlägen zum Ausdruck gebracht worden sei, widerlehe sich nicht einem Kompromiß, das den Türken einen Gebietsteil in Thrazien geben würde. In gut unterrichteten politischen Kreisen verläute jedoch, daß die Wiedererlangung der Türkei in Adrianopel keinerlei Unterstützung von Großbritannien erhalten werde. Einsteilen würde die Ungewißheit bezüglich der Ansicht der Alliierten nur die Kemalisten in ihren Forderungen ermuntern und die Folgen — nämlich Unruhen in Thrazien, Bulgarien und Serbien — könnten ernst sein. Das Recht der Balkanstaaten, auf der Friedenskonferenz vertreten zu sein, werde nicht in Frage gestellt. Diese Beteiligung werde hoffentlich als Sicherheitsventil dienen. Infolge der gespannten Lage sei man in London der Ansicht, daß die Konferenz sobald wie möglich zusammentreten solle.

13. Sofia, 14. Sept. Die bulgarische Presse beschäftigt sich lebhaft mit den Ereignissen in Kleinasien, die durch ihre Folgen für das Schicksal des Bulgariens benachbarten Thrazien für Bulgarien erhöhtes Interesse gewinnen.

Das Blatt der Unabhängigkeitspartei, „Nedeba“, spricht die Hoffnung aus, daß die Kemalisten als Sieger in ihrem Streben nach Schaffung eines autonomen Thrazien sich nicht betreten lassen werden.

Die demokratische „Prospere“ weist auf die vitalen Interessen Bulgariens in Thrazien hin. Bulgarien nehme an der Lösung der thrasischen Frage keinen aktiven Anteil, erwarte jedoch, daß der Friedensvertrag ihm den Ausgang zum Hegäsischen Meer sichere.

Das offizielle „Echo de Bulgarie“ hebt hervor, daß die bulgarische öffentliche Meinung erwarte, daß durch Gewährung eines Zugangs zum Hegäsischen Meere das Versprechen eingelöst werde, das Bulgarien vor drei Jahren gegeben worden sei.

Smyrna brennt.

13. Berlin, 15. September. (Von unserm Berliner Büro.) Ein Aufruf türkischer Kriegsschiffe von Smyrna meldet laut „West Jig“, daß der Brand der Stadt einen ungeheuren Umfang angenommen habe. Italienische Dampfer mit Lebensmitteln und Medikamenten sind zur Bänderung der Rot unterwegs. Der Brand ist heute nicht mehr zu löschen. Die Schiffe im Hafen müssen vom Land abdrücken, um nicht Gefahr zu laufen.

Nach einem Reuterstelegramm aus Smyrna hat der frühere türkische Senatspräsident Ahmed Riza Pascha erklärt, daß die türkischen Friedensbedingungen auf dem von der Entente selbst proklamierten Rationalitätsprinzip beruhen, dem sich die Türkei unterworfen habe, als sie Arabien, Syrien und Mesopotamien opferte. Die Türkei werde keine Einwendungen gegen die Artikel des Friedensvertrages erheben, die den Schutz der christlichen Minderheiten betreffen. Ferner werde sie nicht gegen die Frage der Reuebefreiung der Meerengen Stellung nehmen, aber aus Gründen nationaler Eigenliebe werde sie verlangen, daß die alliierten Kontrollmächte nicht ihr Hauptquartier in Konstantinopel haben sollen. Der Hauptpunkt, auf dem die Türken bestehen werden, sei die Sicherheit der Hauptstadt, hierbei sei die Maritza unbedingt erforderlich.

Die Stimmung in Ägypten.

13. London, 12. Sept. Aus Kairo wird berichtet: Die Berichte über den Siegeszug der Armeen Mustafa Kemal Paschas werden hier mit Begeisterung gelesen und mit Jauchzen begrüßt. In allen Moscheen finden Festgottesdienste statt. In Kairo fanden Demonstrationen statt, doch keine Ausschreitungen. Man befürchtet sich ausschließlich mit den Ereignissen in Kleinasien. In den Volkstreifen wird offen die Anschauung vertreten, daß jetzt, wo Kemal die Gelegenheiten hat, die Zeit gekommen sei, um auch den Engländer aus Ägypten zu verjagen. In höheren türkischen Kreisen erblickt man in Kemal mehr als einen Truppenführer; man sieht in ihm den großen Vorkämpfer für die Rechte des Islam, den Mann, der in der Lage ist, die Elemente der zerfallenen mohammedanischen Welt wieder zu vereinen, die Einheit zu stiften. In Alexandria ereigneten sich einige Zwischenfälle, von Kemalisten hervorgerufen, die in den europäisch-orientierten Kreisen Anstöße auslösten.

13. London, 14. Sept. „Daily Mail“ meldet aus Konstantinopel, daß das britische Prestige unter den Rohamedanern in den letzten Tagen einen ersten Rückschlag erlitten habe, nicht nur in der Türkei, sondern auch im ganzen Osten. Bei den Türken komme deutlich ein neuer militärischer Geist zum Vorschein, der freilich nicht so sehr gegen Großbritannien wie gegen die Griechen gerichtet sei, die von den Türken als Werkzeug Großbritanniens betrachtet werden. Die Türken seien zu der Ansicht gelangt, daß sich Großbritannien mit seiner Unterstützung der Griechen verrecke und daß die britische Politik stets einer entschlossenen Opposition, die von Gewalt begleitet sei, nachgeben werde. Eine solche Ansicht sei für Indien und Mesopotamien gefährlich.

Umtriebe der Wrangeltruppen.

13. Sofia, 14. Sept. Wie die bulgarische Telegraphenagentur meldet, hat die Polizei hier das Geheimarchiv eines Vertreters der Wrangelarmee beschlagnahmt. Es enthält eine große Anzahl Kompromittierender Aktenstücke, aus denen hervorgeht, daß die Wrangeltruppen kurz vor einer Aktion standen, deren Ziel es war, die bulgarische Regierung zu stürzen und die Neutralität Bulgariens zu verletzen. Die Aktenstücke lassen die Annahme gerechtfertigt erscheinen, daß die Wrangelarmee für die Durchführung des Staatsstreiches auf Unterstützung durch gewisse Oppositionsparteien rechnete. Eine weitere Untersuchung ist im Gange.

Keine Kabinettskrise.

13. Berlin, 15. Sept. (Von unv. Berl. Büro.) Zu den Krisengerüchten, die sich auf die angebliche Forderung der Deutschen Volkspartei nach Befragung verschiedener Ministerien gründen, bemerkt das volksparteiliche Organ „Die Zeit“, daß in parlamentarischen Kreisen von einer solchen Krise nichts bekannt sei. Es sei kaum wahrscheinlich, daß Herr Stinnes bei Bekanntgabe seines Abkommens irgendwelche politischen Forderungen dieser Art erhoben habe. Soweit sie sich aber aus der gesamten politischen Lage etwa ergeben, werde ja Gelegenheit dazu sein, sie zu erörtern, sobald die parteipolitische Lage sich näher übersehen läßt. Dazu sei es notwendig, abzuwarten, welchen Verlauf die Parteitaxe der Sozialdemokraten und der Unabhängigen nehmen. Offiziell sei noch nichts beschlossen.

Die Landwirtschaft beim Kanzler.

13. Berlin, 15. Sept. Wie die „Deutsche Jg.“ erfährt, empfing gestern nachmittags Reichskanzler Dr. Brüch die Vertreter der Spitzenorganisationen der Landwirtschaft. Die Vertreter der Landwirtschaft betonten, ihr Schritt sei vorangetrieben durch die Sorge, die wahre Lage der Ernährungsverhältnisse richtigzeitig zur Sprache zu bringen, denn erst jetzt könne man den ganzen Grad der Situation übersehen. Die Preissteigerungen werde unter 1/3 des vorjährigen Ergebnisses ausfallen, und es sei nicht möglich, das Defizit, das durch die Verabfolgung der Umlage in einzelnen Bezirken entstehen müsse, auf andere Gebiete abzuwälzen. Es würde der Landwirtschaft aus allen diesen Gründen unmöglich sein, die Umlage aufzubringen. Die Wünsche der Zückerzähler und der Kartoffelerzeuger bezeichneten die Vertreter der Landwirtschaft als gut. Es müsse rechtzeitig Vorstöße getroffen werden für die Ernährungsfrage im Winter. Der Reichskanzler wies darauf hin, daß die wichtige Frage der Preisgestaltung am Samstag in der Wer-Kommission erörtert werden solle.

Die Reichsmark als Zahlungsmittel.

13. Berlin, 15. Sept. Der Wirtschaftsausschuss des reichswirtschaftsrats beschäftigte sich gemeinsam mit dem finanzpolitischen Ausschuss mit der Frage der Verwendung ausländischer Zahlungsmittel im inländischen Verkehr. Nach längerer Erörterung einigte man sich auf eine einstimmig gefasste Entscheidung, wonach beim Verkauf von Waren aus deutschen Rohstoffen eine Berechnung in Auslandswährung nur für die Ausfuhr erfolgen darf. Bei Verkauf von Waren, bei denen ausländische Rohstoffe in erheblichem Maße verwendet sind, soll Berechnung in ausländischer Währung im Inlandsverkehr entsprechend dem Anteil an Auslandsrohstoffen gestattet sein, doch darf die Zahlung im Inlandsverkehr nur in Reichsmark verlangt werden; die Möglichkeit der Erhaltung der Wert als Zahlungsmittel und Wertmesser dürfte jedoch nicht dazu führen, durch verwaltungsmäßiges Eingreifen in die Zahlungsbeziehungen das Wirtschaftsleben in Gefahr zu bringen. Die Korrektur einzelner Währungen müsse vor allem in der Hebung der Produktion, in der Verringerung übermäßiger Einfuhr und überflüssigen Verbrauchs und in der dadurch dauernd erreichbaren Verbesserung unseiner Zahlungsbilanz gesucht werden. Die erforderlichen Maßnahmen sollten zunächst durch freie Vereinbarungen der an der Erzeugung, dem Absatz und dem Verbrauch beteiligten Verbände erzielt werden.

Der Regierung wird geraten, auf die Verbände in diesem Sinne hinzuwirken und die vorhandenen Bestimmungen zur Eindämmung der Zahlung mit ausländischen Zahlungsmitteln auf das unbedingt notwendige Maß mit aller Schärfe zur Anwendung zu bringen und nötigenfalls zu ergänzen.

Ferner wurde mit 19 gegen 9 Stimmen der Antrag Krämer in folgender Fassung angenommen: Im Interesse unserer wirtschaftlichen Lage ist die Wiederherstellung des Kontokorrentkredites infolgedessen erforderlich, daß die Ausfuhrpflicht der Kreditinstitute auf die Fälle eines eingeleiteten Strafverfahrens beschränkt wird. Hand in Hand damit hat die Aufhebung des Depotzwangs zu gehen.

Kreditnot und Abhilfe.

13. Berlin, 15. Sept. (Priv.-Tel.) In der gestrigen Vollversammlung des Industrie- und Handelstages sprach Urdig (Diskontogesellschaft) über unsere Kreditnot. Direktor Urdig führte u. a. aus: Das einzige Mittel, das man zur Bänderung der Kreditnot anwenden könnte, sei die erhöhte Einführung der Wechsel, um den Handelswechsel wieder einzuführen, müßten die Verbände herangezogen werden. Außerdem sei es dringend erforderlich, daß die Reichsbank Grundkredite vorschreibe, unter denen sie zum Diskont der Wechsel bereit sei. Jedoch könne die Vermehrung des Wechselumsatzes die Kreditnot nicht beseitigen. Diese habe vielmehr ihre Ursache in der Verringerung des Kapitals, die durch den Verkauf unter dem Ergänzungspreis einträte. Die Gegenmittel seien starke Preisserhöhungen und Fakturierung in Auslandswährungen. Doch schließen diese beiden Mittel schwere Gefahren in sich, da sie immer mehr zur Ausschreibung der Werte beitragen würden. Die Frage sei nun, wie die deutsche Industrie bei diesen Schwierigkeiten bestehen könne. Entweder könne sie noch vorhandene Reserven flüssig machen oder sie müsse sich einschränken. Die Lösung der Probleme des deutschen Kapitalmarktes hänge aufs innigste mit der Wiederumkehrungsfrage zusammen. Der natürliche Grund der deutschen Zahlungsunfähigkeit liege in dem Betrag, den andere Länder in der Lage seien, uns zu borgen. Im Anschluß an den Bericht des Direktors Urdig wurde eine Entschließung angenommen, in der auf die Wichtigkeit der Währungsabstimmung und der ausgebreiteten Anwendung des Handelswechsels hingewiesen wird.

Was geht im Zentrum vor?

Der Reichstagsstag in München hat weithin die Gemüter beunruhigt. Vieles, was gesagt wurde, deutet auf ein Wiedererleben der alten Grundzüge der Zentrumspolitik als einer christlichen Partei hin. Und aus diesen Grundzügen heraus ist herbe Kritik an der Zeit und an der Politik des Zentrums geübt worden. Von Kritik, denen eine Neuorientierung des Zentrums unerwünscht ist, wird verachtet, zu behaupten, in jeder anderen, großen, freien Stadt des Reiches wäre der Reichstagsstag anders, und zwar in einem für den neuen Staat vorteilhafteren Sinne verlaufen. So schreibt die in Behandlung bayerischer Angelegenheiten stehende in der „Katholischen Zeitung“ und anderer in der Stimmung des Reichstages als spezifisch bayerisch. Das ist unrichtig. Im Rheinland und in Westfalen gärt es schon lange. Dazu im folgenden ein kleiner Beitrag:

Die überall aufsteigenden Worte des Kardinals Erzbischofs Dr. Faulhaber auf dem Reichstagsstag in München vor etwa 150.000 Personen über die Revolution:

„Die Revolution war Keim und Nährboden. Und wenn sie guten Erfolg hatte neben dem Schlechten, wenn sie da und dort Vorteile brachte, so bleibt eine Unruhe und kann aus Grundlag nicht heilig gesprochen werden. Sie bleibt in der Geschichte erblich bedingt und gezeichnet mit einem Rainsmal.“

bekommt erhöhte Bedeutung, wenn man eine starke Strömung innerhalb des Zentrums daneben hält, die in einer unmittelbaren dem Reichstagsstag erschienenen Antragschrift aus westfälischen Zentrumskreisen genau denselben Standpunkt einnimmt. Die im Westfälischen Volksblatt, in der „Westfälischen Zeitung“ und in der „Westfälischen Volkszeitung“ behandelte unter fester unentwegter Bezugnahme auf die christliche Philosophie und die streng kirchliche Haltung der katholischen großen Zentrumsführer Windthorst, Reichensperger, Reuter, Herling usw. in elf Abschnitten die vom katholischen und rechtsständigen Standpunkt aus falsche Politik der heutigen Zentrumsführer, und fordert gerade heraus zur Gründung einer neuen katholischen Partei auf. Mit unerbittlicher Kritik wird das immer weiter eingetretene des Zentrums und das Abweichen von seinen früher angenommenen Grundzügen bezüglich der Wahrheit, des Rechts, des Eigentums, der Schule usw. bloßgelegt. Gerade die Stellungnahme dieser katholischen Kreise zur Revolution, die sich vollkommen mit der öffentlich geläuterten Anschauung des Kardinals Dr. Faulhaber deckt, verdient ernste Beachtung. Es wird zuerst unter Hinweis auf die Haltung Reichenspergers, Reuters, Windthorsts und des Papstes gelegentlich einer Thronrede im Jahre 1871 geäußert, wie das Zentrum innerlich kein Recht hat, sich auf das sogenannte Rechts-Interimstions-Prinzip zu berufen und sich einfach auf dem Boden der Tatsachen zu stellen. Das Zentrum hätte mindestens versuchen müssen, die verhängten Rechte wiederherzustellen. Doch Schuld kann das Zentrum aber nicht von sich abwälzen, daß die Rechtsfrage gar nicht aufgeworfen und sich eben lediglich auf den Boden der Tatsachen gestellt hat.“ Der Verfasser dieser Antragschrift wirft sogar die Frage auf, ob die in einer „Sozialistischen Monatshefte“ über „Religion und Sittlichkeit“ gewahrt geblieben ist, während die letzte, und schließlich diesen Abschnitt mit dem Inhalt: „Schwerer Satz: Tatsache ist doch, daß es, indem es die Regierungswahlen usw. mitbestimmt, ohne die Rechtsbefähigung dieses Schrittes zu prüfen, sich auf einen Schlag drängt, der möglicherweise andere Pläne hat.“

Eine ähnliche, vom stillen Rechtsstandpunkt abweichende Haltung habe das Zentrum in der Verfassung, die „das Zentrum in wesentlichen Umfang mit veranlaßt hat“, bezüglich des Eigentums und Kindesrechtes eingenommen. In den Artikeln 133, 134 und 155 seien gegen das Eigentum „durchweg sozialistische“ im Zentrum mitgemacht worden. Es wird ihm eine Stelle aus dem „Sozialen Katholismus“ des verstorbenen Bischofs Hoffner von Mainz vorgehalten:

„Das Privat-Eigentum ist von Gott in der natürlichen Rechtsordnung und dem natürlichen Sittengesetz begründet und zu dem Wohle der Menschen, zur Erhaltung des Friedens und der sozialen Ordnung unbedingt notwendig.“

Der Schluß dieser Kritik des Zentrums ist noch wichtiger: „Das Eigentum ist übernatürlich bezeugt und geschützt. Gott hat durch Moses befohlen: Du sollst nicht stehlen.“

Daß die verschwommene Haltung des Zentrums in der Schulfrage, die nun zu einer Kraftprobe der streng katholischen orthodoxen evangelischen Kreise gegenüber dem Unterhaltungsministerium unserer Schulen von linksradikaler Seite auszuwirken droht, gebührend geachtet wird, nimmt nicht wunder. Erhält aber durch den Vortrag der Gräfin Tattenbach-Bony auf dem Reichstagsstag und der Unterzeichnung der Ausföhrungen des Reichstags, Langenberg über die Konfessionsfrage durch Kardinal Faulhaber große Bedeutung. Wenn die Gräfin ausführt: „Reichsrecht bricht nie Naturrecht und göttliches Recht“, und der Kirchenfürst betont: „Wir können die Schulpflicht des Staates nicht anerkennen. Wir können die Schulpflicht zu einem Spielball parteipolitischer Parteien und Parteiführer herabdrücken“, so liegt darin ebenfalls eine ernste Konfessionsherabdrücken.“

Wir wollen mit diesen Heraushebungen programmatische Kernsachverhalte innerhalb des Zentrums für heute (schließen) wir sie sich bei der Anpassungsfähigkeit der Zentrumspolitik nicht nicht vorbereiten. Aber man muß diese Erscheinungen doch im Auge behalten und bei der Einschätzung des Zentrums in die Tagesgeschichte werfen. Sonst könnte man große Hebererwartungen erheben. Es gärt gewaltig im Zentrum, daran ist kein Zweifel. —

Deutsches Reich.

Auflösung des sächsischen Landtags.

13. Dresden, 14. Sept. Der sächsische Landtag hat heute den Antrag des Rechtsausschusses auf Auflösung des Landtags mit 53 gegen 39 Stimmen in namentlicher Abstimmung angenommen. Dofür stimmten die bürgerlichen Parteien und die Kommunisten. Der sozialdemokratische Antrag auf befristete Auflösung wurde abgelehnt. Präsident Bränsdorf verkündete das Abstimmungsergebnis mit den Worten: „Der sächsische Landtag ist aufgelöst, die Sitzung geschlossen.“

Die Ausweisung der Thüringer Wahlen.

13. Berlin, 15. Sept. (Von unv. Berl. Büro.) Nachdem die bürgerlichen Parteien bei den Thüringer Wahlen bekanntlich einen ziemlich beträchtlichen Zuwachs an Stimmen der sozialistischen Parteien erzielt haben, wird von der rechtsstehenden Presse ein Vorschlag auf Abschaffung der Landtagsauflösung gefordert, während, wie bereits, die Demokraten sich mit dem Rücktritt der Regierung und der baldigen Umbildung auf breiterer Grundlage begnügen wollen.

13. Berlin, 15. Sept. (Priv.-Tel.) Das Braunschweiger Staatsministerium hat dem Berl. Lok.-Anz. zufolge die Reichspostbehörden angewiesen, mit aller Mäßigkeit gegen den Ausverkauf der Geschäftsstellen durch auswärtige Ausländer vorzugehen. Vor allem ist dabei ein Verbot des Kleinverkaufs an Ausländer geboten, das alle nicht zur Deckung des augenblicklichen Bedarf dienenden Gegenstände angeht.

13. Berlin, 15. Sept. (Von unv. Berliner Büro.) In Weiden Niederländisch-Indien, stellte sich, wie eine niederländisch-amerikanische Telegraphenagentur meldet, ein 14-jähriger Deutscher namens Prinz bei der Polizei und geltend, daß er den Rüdern Namen aus bei Beschaffung des Autos behilflich gewesen sei. Prinz ist als blinder Passagier auf dem deutschen Dampfer „Ludwig“ von Hamburg nach Weiden gelangt.

13. Berlin, 15. Sept. (Von unv. Berliner Büro.) Entgegen anders lautenden Meldungen ist eine endgültige Regelung der Zuckerwirtschaft durch das Reichsernährungsministerium nicht hzichlossen worden. Die Verhandlungen sind noch dem B. T. noch im Gange.

28. Städtetag des Verbandes der mittleren Städte Badens.

21. Sept. 13. Sept. Unter lebhafter Beteiligung aus allen Städten des Landes fand am Montag hier der 28. Städtetag des Verbandes der mittleren Städte Badens statt.

Eine lebhafteste Debatte knüpfte sich an die Frage der Gebühren und Strafen, zu denen die Gemeinden zur Zeit noch ermächtigt sind.

Ueber das Referat des Bürgermeisters de Pellegrini-Zirberg, über das Fürsorgegesetz zeigte sich die einmütige Zustimmung der Städte, daß die Gemeindebeamten in ihren Pensionsverhältnissen den Staatsbeamten gleichgestellt werden müßten.

Ueber das Referat des Bürgermeisters de Pellegrini-Zirberg, über das Fürsorgegesetz zeigte sich die einmütige Zustimmung der Städte, daß die Gemeindebeamten in ihren Pensionsverhältnissen den Staatsbeamten gleichgestellt werden müßten.

Die Lage des deutschen Gastwirtsgerwerbes.

21. Karlsruhe, 14. Sept. Der Badische Gastwirtsverband und der Karlsruher Wirtverein hielt gestern vormittag 10 Uhr im Kolofeum eine außerordentliche Versammlung ab, in der der Vorsitzende des Deutschen Gastwirtsverbandes, Herr Köster-Berlin in längeren Ausführungen über die Lage des deutschen Gastwirtsgerwerbes sprach.

Die immer zweifelnde Seele stirbt an Nahrungsmangel.

Pflichten gegen die Kunst.

Die von Dolph Donath herausgegebene Halbmonatsschrift „Der Kunstwanderer“ veröffentlicht am 1. September die nachstehenden Zeilen des Berliner Malers J. von S. I. o. w. denen weitgehendste Beherzigung zu wünschen ist.

Der Ankauf von Bildwerken wird den deutschen Kunstsammlern immer schwerer, weil unsere Valuta es nicht mehr gestattet, Kunstwerke ihrer Leistungen zu zahlen.

Loräschlich ist heute fast durchgängig letzteres zu befürchten. Der Ausländer sieht, uneingeweiht wie er ist, die „Wiener“ Bilder, in Friedenszeiten zu 30 Mark mit Goldrahmen überall zu kaufen, als erstes aufdringliches Kunstzeugnis in den Hauptstädten.

Städtische Nachrichten.

Aus der Stadtratsitzung vom 13. Septbr. 1922

Großzügige Notstandsmaßnahmen. — Wesentliche Erhöhung der Kanal-, Müllabfuhr- und Straßenreinigungsgeldern. — Erhöhung der Bäderpreise. — Preiserhöhung für markenpflichtiges Brot.

Zur Bänderung der Notlage der minderbemittelten Bevölkerung werden im kommenden Winter die nachstehenden Notstandsmaßnahmen durchgeführt werden.

a) Familien und Einzelpersonen, die in öffentlicher Fürsorge stehen, b) Sozialrentner, c) Kleinrentner, d) bedürftige Familien mit mehr als 4 Kindern, e) alte Leute über 60 Jahre, f) Erwerbslose, Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene werden von der amtlichen Fürsorgestelle im Schloß betreut werden.

Eine Verbilligung der wichtigsten Lebensmittel und der Brennstoffe für einen größeren Kreis oder die gesamte Bevölkerung kann leider nicht in Betracht kommen, da hierfür Summen erforderlich wären, die nicht aufgebracht werden können.

An Notstandsmaßnahmen sind vorgesehen: a) Erleichterungen im Brot- und Milchbezug, wofür rund 1 1/2 Millionen Mark zur Verfügung stehen.

b) Abgabe von Mehl zu billigen Preis um die Weihnachtszeit. c) Zumeilung von Holz und Kohlen aus städtischen Vorräten zu mäßigem Preise, sowie Bevorzugung bei der Verteilung der markenpflichtigen Brennstoffe.

d) Ausgabe von Anweisungen auf Kartoffeln und Nahrungsmitteln.

e) Einrichtung von Wärmestuben.

f) Abgabe von Zwetschgengemus gegen geringes Entgelt. Um während der Frostzeit ein Stocken der Kartoffelversorgung für diejenigen Kreise, die nicht in der Lage sind, sich Vorräte für den Winter einzulagern, aber nicht unter die obige Fürsorge fallen, zu

Übersehen Sie nicht die Bezugs-Erneuerung auf den

„Mannheimer General-Anzeiger“

In einigen Tagen wird der Briefträger die Quittung über die Gebühren für das nächste Vierteljahr vorlegen. Durch Einlösung sichern Sie sich die regelmäßige Lieferung unseres Blattes.

Die Geschäftsstelle. S 382

vermeiden, sollen etwa 25 000 Zentner Kartoffeln zur Verfügung der Stadt eingelagert werden, sofern die erforderlichen Mittel aufgebracht werden können; die Mithilfe von Reich und Staat durch Gewährung von Kredit kann nicht entbehrt werden.

Die Armenunterstützungen-Richtsätze werden mit sofortiger Wirkung um 200 v. H. erhöht, ebenso werden die Winterzuschläge für die in öffentlicher Fürsorge stehenden Personen angemessen erhöht. Die Winterzuschläge sollen möglichst in Sachwerten gewährt werden.

Einmalige Beihilfen können auch bedürftige erwerbsunfähige alte Leute erhalten; hierfür stehen Landesmittel zur Verfügung. Ausgenommen sind Kapitalrentner und Armenpfleglinge. Sozialrentner können in Ausnahmefällen berücksichtigt werden; auch können insbesondere Empfänger von Elternrente mit einer einmaligen Unterstützung bedacht werden. Anträge sind beim Fürsorgeamt N 2, 11 zu stellen.

Infolge der neuerdings weiter eingetretenen Lohn- und Gehalts-erhöhungen sowie der allgemeinen Preiserhöhung werden die nachgenannten Gebühren vom 1. Oktober ds. Js. ab wie folgt erhöht:

1) Kanalgebühr bei Fälleneinleitung von 23 Prozent auf 40 1/2 Prozent des Nutzungswertes, ohne Fälleneinleitung von 17 Prozent auf 30 1/2 Prozent des Nutzungswertes.

Kunst und Wissen.

Nationaltheater. Die Wiederaufnahme des Märchenstauspiels „Das Käthchen von Heilbronn“ von Heinrich von Kleist, das gegen Ende der vergangenen Spielzeit in einer gar lässigen Revueinszenierung nach langer Pause herausgekommen war, hatte viele Leute und auch viel gute Stimmung ins Haus geführt.

Männer-Quartett „Iber“ Essen. Das diesjährige Konzert des Männer-Quartetts „Iber“ Essen, das schon 1920 in Mannheim auftrat und lebhaftige Anerkennung fand, zeigte das Quartett auf der ersten Höhe bei damals. Namentlich im ersten Teil der Vortragsfolge, dem musikalisch wertvolleren, kamen unter der hingebenden Leitung des Chormaisers, Musikdirektor G. Starke, die Vorträge dieses Männer-Quartetts, das schöne Stimmaterial, die exakten Einsätze und vor allem die feinsinnige Nuancierung des Vortrags zur vollen Geltung.

2) Müllabfuhrgebühren von 45 Prozent auf 62 1/2 Prozent des Nutzungswertes; die Kanalgebühr für Wohnungen bis 500 Mark jährlichen Mietzins von 40 Mark jährlich.

3) Straßenreinigungsgeldern von 36 Prozent auf 55 Prozent des Nutzungswertes. Vorlage an den Bürgerausschuß wird erfolgen.

Die Gebühren für Benützung der Einrichtungen des Herjesbades werden mit Zustimmung des Gemischten beschließenden Ausschusses um durchschnittlich 50 Prozent erhöht.

Ab 15. September sind in den Volksbädern erhöhte Preise zu entrichten. Infolge der Erhöhung der Geschäftskosten der Bäder insbesondere durch die Steigerung der Kohlenpreise, der Erhöhung der Kosten der Rehlversorgung und des Lebensmittelamts sowie der Abnahme der Bädergehilfen werden die Preise für das markenpflichtige Brot und Mehl von Montag, den 18. September ab neu festgelegt.

Unsere Stadtväter haben diesmal wieder Beschlüsse von sehr weittragender Bedeutung gefaßt, deren Auswirkungen von den Steuerzahlern alles andere als nur Freude hervorruft. Erhöht werden die Kanal-, Müllabfuhr- und Straßenreinigungsgeldern, ferner die Preise für die Bäder wie für markenpflichtiges Brot. Es wäre aber kurzschichtig, wollte man dem Stadtrat hierüber Vorwürfe machen. Es ist hinlänglich bekannt, daß die fortschreitende Teuerung wie die Notlage unserer gesamten Wirtschaft auch die Finanzlage unserer Stadt immer schwieriger gestaltet. Das Grundübel besteht letzten Endes besonders in der Kohlennot und der dadurch bedingten Preissteigerung aller Waren und Gegenstände.

Verkehrshemmnisse. Wegen Transportarbeiterstreiks ist Annahme von Eis- und Frachtgut nach Mannheim, Mannheim-Industrie- und Hafen verboten, mit Ausnahme von Sendungen mit Frachtbriefvorschrift, zur Selbstabholung, ferner nach Ludwigshafen (Rhein) mit Ausnahme von Lebensmitteln, Befragungs- und Sendungen mit Frachtbriefvorschrift zur Selbstabholung. — Gesperrt ist die Annahme von Eis- und Frachtgut, Stüdgut und Wagenladungen nach Reichen, Weihen-Triebstahl, Baugen, Leipzig-Lindenau, Greiz und Verdau. Ausgenommen Lebensmittel, Kohlen, Bricketts, Blei und Stüdguiter mit Frachtbriefvorschrift „zur Selbstabholung“.

Erhöhung des Straßenbahn-Tarifs. Wie aus der Bekanntmachung des Oberbürgermeisters im Interentell unserer gestrigen Abendausgabe ersichtlich, wird mit dem heutigen Tage der erhöhte Straßenbahn-Tarif eingeführt. Darnach kostet die kürzeste Fahrstrecke 10 Mark. Eine Monatsfahrkarte stellt sich auf 1300 Mark. Andere Städte sehen sich gleichfalls zur Erhöhung der Straßenbahn-Tarife veranlaßt. So wird uns aus Köln berichtet, daß die dortige Straßenbahn am 20. September ihren Tarif um über 100 Prozent erhöht, so daß die einfache 15 Mark kostet. Ein Monatsabonnement kostet 2200 Mark. — In B. Baden wurde der Preis für die kürzeste Strecke ebenfalls auf 10 Mark festgesetzt.

Erhöhung der Schlafwagengebühren. Wie wir von zuständigen Stelle erfahren, werden mit der bevorstehenden Erhöhung der Eisenbahngüter- und Personentarife auch die Tarife für Schlafwagen ab 1. Oktober prozentual erhöht werden, und zwar werden die Preise für einen Schlafwagen nach den Erhöhungen betragen: für die erste Klasse 800 Mark, für die zweite Klasse 400 Mark und für die dritte Klasse 240 Mark. Die Vornormgebühr wird sich auf 80, 40 und 24 Mark belaufen.

Frachtermäßigung beim Obsttransport. Die bei den letzten Konferenzen im Ministerium des Innern verlangte und vom Finanzministerium befürwortete Frachtermäßigung beim Transport von frischem Obst ist jetzt bewilligt worden. Sie erstreckt sich auf die Zeit vom 15. September bis 31. Dezember. Bekanntlich hat der Obstverhand aus dem Oberland, sowie aus dem Unterland in den letzten Tagen wegen der hohen Frachtpreise stark gestraft. Hierin wird nun eine Linderung eintreten.

Jahrespreiserhöhung auf den Kraftstofflinien. Infolge der weiter fortgeschrittenen erheblichen Steigerung aller Ausgaben beim Kraftstoffbetrieb sieht sich die Reichsverwaltung gezwungen, die Gebührensätze für die Beförderung von Personen und Reisegepäck mit

Hühneraugen werden Sie sicher los durch Hühneraugen-Lebewohl Hornhaut an der Fußhohle beseitigt Lebewohl-Ballen-Scheiben. Kein Verrutschen, kein Festkleben am Strumpf. In Drogerien und Apotheken. Herkur-Drog., Contardpl. 2, K. Huhhard, Drog., Mittelstr. 36, Arth. Kühnert, Adler-Drog., Bellenstr. 28, C. Sachs, Flora-Drog., Mittelstr. 61, Ludwig & Schütthelm, Hofdrogerie, Friedrichsplatz 19. 6183

Geschmack der großen Menge reichliche Zugeständnisse gemacht, musikalisch wertvollere Chöre hätten dem Können des Quartetts mehr entgegengebracht. Der Beifall des Publikums, das sich sehr zahlreich im Musiksaal eingefunden hatte, war im zweiten Teil natürlich noch stärker als im ersten und voranlachte das Quartett zu mehreren Zugaben. Die Chöre wurden durch ansprechende Orgelvortrüge des Musikdirektors Benz wirkungsvoll unterbrochen.

Die Galerie der Städtischen Kunsthalle wurden während der Sommerwochen neu hergerichtet. In den mehr als zehn Jahren, in denen nichts zur Pflege dieser Räume geschah, sind sie allmählich in einen Zustand geraten, der sich nur mit einem sehr harten Worte beschreiben ließe. Den ständigen Besuchern der Kunsthalle braucht dieses unschöne Bild, das vor allem ein Hoja auf den Begriff Kunst war, nicht in Erinnerung gerufen zu werden. Es sollte vielmehr jedem daran gelegen sein, den Anblick dieser abgenügten Wände und nach und nach stillen gewordenen Säle zu vergessen. Direktor Dr. Fritz Wäber hat aber nicht lodergelassen. In einer Zeit, da sich im Lande und im Reich die Ruinen über ihre Bestände hinaus auf eine würdige Wahrung dieser Schätze besinnen, durfte die Mannheimer Kunsthalle um so weniger zurückbleiben, als ihre beschiedenen Bestände es verlangen, doppelt wirksam zur Geltung gebracht zu werden. In den neu hergerichteten Sälen ist das nun auch wirklich gelungen. Die Freunde der Kunsthalle, die am kommenden Sonntag den Besuch der Galerieräume wieder aufnehmen werden, erwartet eine freudige Ueberraschung. Durch die neue Bemalung der Wände und Reinigung der Decken ist nicht nur mehr Licht in die Säle gekommen, sondern die glänzlich gewählten Farbigen verbessern auch einerseits den Kunststilen und andererseits dem geistigen Gehalt der Bildwerke zu gehobenem Ausbruch.

Konzertmeister Franz Neumaier. Der Stadtrat hat den ersten Solobratschisten des Nationaltheaterorchesters, Franz Neumaier, aus Anlaß seiner 25jährigen Zugehörigkeit zum Nationaltheaterorchester zum „Konzertmeister“ ernannt.

Hessisches Landesheater in Darmstadt. Generalintendant Hartung erworb Carl Sternheims neues Lustspiel „Reb-bich“ zur Aufführung am Hessischen Landesheater in Darmstadt. (Keine Ahnung, wovon dieses Stück handelt; daß es aber ein echter Sternheim sein muß, geht aus dem Titel hervor, der in seiner nichtigen, schnodderigen Kürze die übliche Sternheimsche Öringelähmung des Publikums zum Ausdruck bringt. Herr Hartung mag von Glück sagen, daß kein Theater nicht mehr Hoftheater ist.)

Theaterdirektor Jean Aron, eine der bekanntesten Persönlichkeiten des Berliner Theaterlebens, ist im Alter von 63 Jahren verstorben. Aron hat auch zahlreiche geschickte Stücke und Loge verfaßt.

den Kraftposten vom 16. September ab abermals zu erhöhen. Demzufolge wird bis auf weiteres im allgemeinen für eine Person und ein Tarifkilometer ein Fahrpreis von 3 M statt bisher 2 M erhoben.

Zuwendungen für Witwen. Der in Ziffer 21 der Ausführungsbestimmungen zum Pensionergesetz vorgesehene Höchstbetrag des Jahresgesamteinkommens, innerhalb dessen den dort näher bezeichneten Witwen Zuwendungen gewährt werden können, ist mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 ab von 9000 auf 18000 Mark und der Betrag der Zuwendung für Kinder von 1800 M. auf 3600 Mark erhöht worden.

Sonntagsblätter und Gemeindevoten. Der evangelische Oberkirchenrat hat angeordnet, daß am nächsten Sonntag, 17. September eine Ansprache des Prälaten der Landeskirche vorlesen wird, in der die Gemeindevoten auf die Rot hingewiesen werden, in der sich die drückendsten Sonntagsblätter und die Gemeindevoten befinden.

Tod auf den Schienen. In der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag ließ sich die 17 Jahre alte Fabrikarbeiterin Katharina Krausmeier von Waldhof etwa 100 Meter vom Bahnhof Waldhof entfernt vom Zuge überfahren, wobei der Kopf vom Rumpf getrennt wurde.

Marktbericht.

Die Zufuhr in Obst und Gemüse war wieder gut. Die Richtpreise wurden durchweg eingehalten. Nur bei Zwetschen mußte der Preis auf 7 Mark heraufgesetzt werden, da diese schon teuer im Einkauf zu stehen kamen.

Veranstaltungen.

Der Stenographenverein Stolze-Schrey eröffnet am 19. ds. Mts. einen Anfängerkurs. Näheres siehe Inseratenteil.

Aus dem Lande.

III. Heidelberg, 14. Sept. In Fahrt ist ein Verbrecher verhaftet worden, der u. a. 15 Einbruchdiebstähle in Heidelberg begangen hat. Seit einer Reihe von Jahren verübte er zahlreiche Willkürdelikte und soll dabei Waren im Wert von 2 1/2 Millionen M. erbeutet haben.

Aus der Pfalz.

Sp. Speyer, 13. Sept. In den letzten Tagen bereiste der oberste Forstbeamte Bayerns, Staatsrat Mantel in Begleitung von Regierungsdirktor Stamminger den Pfälzerwald. Er besuchte zunächst die Aufbaurbeiten in Oppau, zu denen die Forstämter des Bauholzbezirks, sowie die Waldungen im Donnersberggebiet.

Nachbargebiete.

Sp. Birmenfeld, 13. Sept. Robe Bilderschärmer haben in der Nacht die Mutter Gottes-Statue in der Vorhöfer Straße mit Gewalt niedergeworfen und zertrümmert. Die Denkmalschützer, zwei jugendliche Burschen, wurden ermittelt und nach Lampertheim gebracht.

Groß-Gerau, 13. Sept. Der Jungfährtenmarkt brachte einen Auftrieb von 455 Tieren. Bezahlt wurden für Ferkel 1500 bis 2000 Mark, für Springer 3000-4200 M. und für Enten 6000 M. für das Stück.

Darmstadt, 13. Sept. Mit dem Kampf gegen die Teuerung, Wucher, Ausverkauf und Versorgungsfragen werden sich die Vertreter der Preisprüfungsstellen von Hessen und diejenigen von Frankfurt und Mannheim, sowie zuständige Behörden aus Hessen auf Einladung des Vorstehenden der städt. Preisprüfungsstelle Darmstadt, Herrn Bürgermeister Müller, am heutigen Donnerstag in Frankfurt a. M. beschäftigen.

Sportliche Rundschau.

Pferderennen.

Cargauer Hürdenrennen. 36000 M. 2300 Meter. 1. Graeffs Dahome (Sielau), 2. Eigarista, 3. Garbarade. Ferner: Bember, Glückhaus, Fairgate, Grouso, Hyrcer, Ralia, Bud. 38:10; 12, 12, 11:10. — Wolfendorfer Jagdrennen. 36000 M. 3200 Meter. 1. Frau Richters Lilienstein (Boromsta), 2. Panjan II, 3. Orlog. Ferner: Erich, Kammfel, Belladonna, Cora. 15:10; 12, 19, 14:10. — Preis von Heidemühle. 36000 M. 1200 Meter. 1. Sörings Swanna (Ludwig), 2. Hergiesl, 3. Dol. Ferner: Tango, Friedrichsberg, Prinz Sultan, Volzgraf, Chocroust, Udra, Tala Korgana, Hannig, Padea, Reichert Trost, Sontel. 68:10; 34, 40, 28:10.

Brieflauer Hürdenrennen. 36000 Mark. 3100 Meter. 1. Chronfrieds Jburg (Adolph), 2. Kogold, 3. Gagnata. Ferner: Bernward II, Komman, Tigris, Signorelli, Otello, Jwinn, Sultane VIII, Gregorian, Reichsgrün, Van Deman. 28:10; 13, 17, 13:10. — Bobbin-Grünnerrennen. 48000 Mark. 3700 Meter. 1. Hülfenbüchler Hasper (v. Fullenhagen), 2. Wehala, 3. Schmarzbau. Ferner: Hegenmeister II. 33:10; 18 18:10. — Petersberger Jagdrennen. 36000 M. 4100 Meter. 1. Selbst Starpels Eschadron (v. d. Bollenberg), 2. Spers, 3. Marc Anton. Ferner: Lanz, Putnit, Dilmart, Marich, Sanft Aden, Elford, Dülberin, Kuer. 40:10; 16, 23, 16:10. — Holländer-Kugelsch. 36000 Mark. 1840 Meter. 1. Stoll Umings Pad (Senfich), 2. Burgritter, 3. Milmärter. Ferner: Wartomane Laureny, Wast Mark, Turfball. 51:10; 16, 15, 14:10.

Dortmund.

Saphir-Rennen. 63000 Mark. 2300 Meter. 1. Davids und Adolmans Kusperchen (Schmeier), 2. Mercantil, 3. Trubahn. Ferner: Karem, Salas v. Gomez, Herenklub, Erwachen, Lared, Wille, Wilfrid, Braumbau, Apollonia, Brombere, Rinnelieb. 28:10; 17, 13, 27:10. — Verkauf-Rennen. 70000 Mark. 1600 Meter. 1. E. Schulte-Röntings Marc Kurel (Mehl), 2. Condar, 3. Sent Robela. Ferner: Congo II, Geilger, Steitoni, Kapfater, Eichfeld, Marienburg, Chalcedon, Patriot. 55:10; 25, 27, 22:10. — Uracon-Rennen. 65000 Mark. 3100 Meter. 1. Bell's Wanderstab (H. Brown), 2. Kausendelstein, 3. Rote Rose. Ferner: Serenade. 29:10; 17, 21:10.

Dortmunder Ausg. 100000 M. 2000 Meter. 1. E. Weinbergs Hoffer (Unruh), 2. Combattant, 3. Terg. Ferner: Rheingrün. 30:10; 15, 11:10. 1 1/2 S. 5 S. 10 S. — Omen-Rennen. 70000 M. 2400 Meter. 1. Demold's Javin (Polgar), 2. Hahn, 3. Rabala. Ferner: Rein Popold, Scens, Wolfenbruch. 45:10; 30, 32:10. — Hellweg-Jagdrennen. 60000 Mark. 3000 Meter. 1. Hahn's Mail (Höller), 2. Wag es, 3. Runtacs. Ferner: Elissa Dreisid, Thymian, Gilsburg, Unverzagt. 31:10; 14, 13, 27:10. — Hühnig-Hürdenrennen. 70000 M. 3000 Meter. 1. Zimmermanns Gorgo (Buchmann), 2. Ofen, 3. Eidenhall. Ferner: Blumenpala, Röcher, Chemerupe, Fliegerheld, Rufette, Hagat, Kanouade. 755:10; 99, 48, 21:10.

Neues aus aller Welt.

— Nach ein Geschenk! Ein Münchner Schriftsteller gibt der Oeffentlichkeit Kunde von einem schweren Schicksalsschlag, der ihn betroffen hat. Ein Schweizer Beräher des Dichters sandte diesem eine Flasche Cognac. Das war gewiß lässlich und gut, aber — die deutsche Zollbehörde verlangte von dem Empfänger 4872 Mark Zoll und 64,40 Mark Konopolsatz!

— Erhöhung der Kölner Herzgebühren. Der Allgemeine Verkehrsverein beschloß, entsprechend der Geldentwertung des Reichsdollars für die Berechnung in der Sprechstunde auf 140 Mark und für den Besuch auf 210 Mark festzusetzen.

— Ein Missethater. Der in Erfurt verhaftete Einbrecher August Vopp gestand ein, seit seiner im September 1920 erfolgten Entlassung aus dem Gefängnis im ganzen 90 Willkürdelikte, u. a. 15 in Heidelberg, 7 in Kottbus, 3 in Eisenach, 11 in Erlangen usw. verübt zu haben. Nach seiner Angabe hat er dabei Gegenstände im Werte von 2 1/2 Millionen Mark erbeutet. Er hat 24 Personen als Helfer genannt, die zum Teil schon verhaftet wurden.

— Eine spanische Abordnung in Köln. Vom 9. bis 11. September weilt in Köln eine Abordnung der Madrider Stadtverwaltung. Die Abordnung beschäftigt eingehend das Städt. Elektrizitätswerk, die Feuerwache, das Schlachthaus sowie andere öffentliche Einrichtungen der Stadt, deren Organisation und Verwaltung ihre besondere Aufmerksamkeit finden.

— Keine deutsche Unterrichtsprobe im Elsaß. Die Anträge der Reichsregierung und des Reichsausschusses, als Unterrichtsprobe in den dortigen Staatsschulen deutsch einzuführen, wurde vom französischen Ministerialrat abgelehnt. Wenn der französische Ministerialrat von den Verhältnissen im Elsaß und vor allem vom Unterrichtsstand daselbst eine Meinung hätte, wäre diese Ablehnung sicherlich unterblieben. Von dem Kaiserreich, in dem besonders die elssässische Jugend auf dem Lande unterrichtet wird, kann man sich keine Vorstellung machen. Das Ergebnis wird sein, daß diese armen Kinder eines Tages mehr deutsch noch französisch können.

— Mit dem Auto in die Niagara-Fälle. Eine Frau Agatha Miller aus Buffalo in Ohio machte kürzlich, wie aus Cleveland telegraphisch gemeldet wird, mit ihrem Gatten und mehreren Bekannten einen Ausflug von Buffalo aus zur Besichtigung der Niagarafälle. Man verließ das Auto in der Nähe der Eisenbahnbrücke, um zu Fuß den Weg zu den Fällen anzutreten. Frau Miller trennte sich von der Gesellschaft und lebte allein zu dem Wapen zurück, in dem sie Flag nahm. Während sie sich das Auto in Bewegung setzte und fuhr in immer schnellerem Tempo in der Richtung der Fälle davon. Vergebens bemüht sie sich mehrere beherzte Männer, es durch Ergreifen der Koffel zum Stehen zu bringen. Der Wagen fuhr in rasender Fahrt dem Abgrund zu und stürzte in die Fälle, wo er auf den Klippen in einer Tiefe von etwa 70 Meter zerfiel.

— Eine Statue aus reinem Gold wollen die New Yorker auf dem Broadway errichten. Gestalt ist die stehende Figur eines Helden (zur Erinnerung an Americas Sieg im Weltkrieg), der den Langhaken jedoch auf 50 bis 100 Fuß entrückt werden soll. Den Sockel des Denkmals soll außerdem Stahlschrott umgeben, und eine Bewachung während der Nachtzeit wird ebenfalls als rasig empfunden. Aber wozu das pure Gold? Wird man sich fragen? Weil es unpraktisch wäre, es in der Schatzkammer anzuhäufen.

Handel und Industrie.

Vom rhein-westf. Wertpapiermarkt.

(Mitteilungen des Bankhauses Gebrüder Stern, Dortmund.)

Die angespannte Lage des Geldmarktes, die zu dem bevorstehenden Vierteljahre verschärfte Formen anzunehmen scheint, übt weiterhin ihren Einfluß auf die Märkte aus. Eine Verringerung der bestehenden Wertpapierverbindlichkeiten war eine notwendige Folge, und da nur geringe Kauslust bestand, war die Preisbildung eine weiterhin rückgängige. Der Verkehr auf dem Kohlenkuxenmarkt gestaltete sich äußerst ruhig. Schwere Werte hatten naturgemäß unter dem satte getretenen Angebot besonders zu leiden, wodurch Graf Bismarck ca. 300000 M., Ewald etwa 200000 M. und König Ludwig etwa 100000 M. von ihren letzten Preisen einbüßten. Langenbrunn vermochten sich dagegen auf gute Käufe hin von ihrer letzten rückläufigen Bewegung eine Kleinigkeit zu erholen. Auch Heinrich erzielten auf leichte Nachfrage hin einen Preiszuschlag von ca. 20000 M. Linksrheinische Werte, wie Diergardt (8000 M.), Wilhelmine Nevisen (5000 M.) und Moers (5000 M.) mußten sich die eingesetzten Kursabschlüsse gefallen lassen. Trappe konnten bei wiederholten Umsätzen ihren letzten Preis behaupten. Von Kohlenaktien waren Adler-Bergbau und Westf. Bergbau wiederum lebhaft im Verkehr, jedoch fanden die letzten Umsätze zu einem ca. 30 Prozent niedrigeren Preis statt. Auch Lothringer Bergbau mußten von ihrem vorwöchigen Kursstand ungefähr 200 Proz. hergeben. Der Braunkohlenmarkt hatte wiederum eine lebhaftere Geschäftstätigkeit nicht aufzuweisen; die wenigen Umsätze, die sich hier vollzogen, kamen ebenfalls zu leicht weichenden Kursen zustande. Die in letzter Zeit stark im Kurse gestiegenen Oskarsgraben wurden durch stärkeres Angebot ungefähr 7000 M. im Kurse wieder gedrückt.

Der Kalkkuxenmarkt schloß sich mangels jeglicher Anregung der oben angedeuteten Preisbildung an; die Kurse neigten durchweg zur Schwäche. Von schweren Werten waren Bergmannsgraben, Burbach und Glückauf Sondershausen besonders dem Angebot unterworfen, ohne daß die Kurssteigerungen durch Nachfrage eine Stütze fand. Die Preisabschlüsse betrugen hier ca. 50000, 100000 bzw. 20000 M. Durch verschiedene Kaufneigung erlitten Hugo eine geringe Befestigung, während die mit Valutaschuld behafteten Alexandershall und Sachsende Weimar zu weiter weichenden Kursen im Angebot lagen. Eine besondere Erwähnung verdienen Neusselstedt (+ 15000 M.), Ransbach (+ 10000 M.) und Hedwigsburg (+ 2000 M.), die auf fortgesetzte Käufe hin Kursbesserungen zu verzeichnen haben. Die sonst geringen Umsätze der hier im einzelnen nicht angeführten Werte vollzogen sich ausnahmslos auf mehr oder minder niedrigerer Preisgrundlage. Der Kalkaktienmarkt zeigte gleichfalls eine rückläufige Bewegung, wobei in einzelnen Werten verhältnismäßig lebhaftere Umsätze erzielt wurden. Es verloren Adler-Kali und Hallesche Kali 200, Heldburg 300 und Krügershall 100 Prozent; Deutsche Kali 500 bzw. 130 Prozent. Von den sonstigen Märkten sind noch einige Umsätze in Wetterau und Pflück zu erwähnen; beide konnten ihren Preisstand um je 5000 M. bei anhaltender Nachfrage erhöhen. Der Markt der nicht amtlich notierten Werte war nicht einheitlich. Passage-Kaufhaus Saarbrücken Aktien erhöhten sich auf lebhaft Nachfrage hin ungefähr um 100 Prozent; Mansfeld-Aktien waren zu letzten Preisen im Verkehr. Umsätze in Stahlwerk Becker, Benz-Motoren, Kalkwerk Rheydt und Rhein-Westf. Schachtbau-Aktien wurden auf etwa 50 Prozent niedrigerer Preisgrundlage getätigt.

Eine unbillige Härte in den Uebergangsbestimmungen des Umsatzsteuergesetzes. Vom Reichsverband des Deutschen Ein- und Ausfuhrhandels wird ein geschrieben: Nach dem Abänderungsgesetz zum Umsatzsteuergesetz bleiben bis zum 30. Juni 1922 bewirkte Umsätze in das Ausland von der Besteuerung ausgenommen, wenn der Lieferant nachweist, daß der Vertrag über die Lieferung in das Ausland vor dem 1. Januar 1922 mit fester Preisvereinbarung abgeschlossen worden ist. Bei den ganz außergewöhnlich langen Lieferfristen seitens der Fabrikanten läßt es sich nicht vermeiden, daß ein großer Teil der Waren, die auf Grund von im Vorjahre getätigten Abschlüssen geliefert werden, erst nach dem 1. Juli d. J. zur Ausfuhr gelangt und der Exporteur damit des Rückveräußerungsgütungsanspruchs verlustig geht. Der Reichsverband des Deutschen Ein- und Ausfuhrhandels hat dem Reichsfinanzministerium gegenüber dargelegt, daß es eine ganz unbillige Härte für den Exporteur ist, sein anerkannt berechtigtes Verlangen auf Rückveräußerung nur deswegen verweigert zu sehen, weil der festgesetzte Termin ganz ohne seine Schuld und ohne daß er etwas dazu tun kann, nicht eingehalten werden konnte. Der Reichsverband hat daher gebeten, den viel zu kurz bemessenen Termin vom 30. Juni weiter hinauszuschieben. Das Reichsfinanzministerium weist in seiner Antwort darauf hin, daß eine Hinausschiebung der Fristen nur im Wege der Aenderung des Gesetzes möglich sei. Bedauerlicherweise lehnt das Reichsfinanzministerium es aber ab, eine derartige Aenderung zu befürworten, „denn diese Vorschritte erhalte gegenüber dem Ausfuhrhandel ein weitgehendes Ausmaß ausstellt, daß die Industrie ihre Lieferfristen nicht innehalten, in der Lage ist und in zahlreichen Fällen Überschreitungen, die weit über 6 Monate hinaus gang und gebe sind, dann sollte das Reichsfinanzministerium den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung tragen und sich dazu bereit finden, eine Härte zu beseitigen, die darin liegt, daß von dem Exporteur Steuerbeiträge gefordert werden, deren nachträgliche Abwälzung ihm zur Unmöglichkeit gemacht wird.“

Portland-Zementwerke Heidelberg - Mannheim-Stuttgart. Das Unternehmen schreitet, wie die „Prk. Ztg.“ meldet, zu einer ganz beträchtlichen Erweiterung seiner Kapitalbasis, und zwar soll das Stammaktienkapital um 35 auf 70 Mill. M. erhöht, und das Vorzugsaktienkapital auf 4 Mill. M. verdoppelt werden. Die Gesellschaft hat zuletzt ihr Kapital im Januar 1921 um 11,50 auf 34 Mill. M. erhöht. Damals wurde den Aktionären auf zwei alte Aktien eine neue zu 100 Prozent angebotene, Ueber die Einzelheiten der Ausgabe der jetzt beantragten Aktien wird über die Begründung der Emission liegen nähere Angaben noch nicht vor. Die Verwaltung sollte sich bald folgen lassen. Die Aktien des Unternehmens, das für 1921 20 Proz. Dividende verteilt, haben bekanntlich in der letzten Zeit als sogenannte „Wiederaufbauwerte“ eine wesentliche Kurssteigerung erfahren (Kurs am Mittwoch 1100 Prozent).

Der Vertrag über eine Interessengemeinschaft zwischen der größten bayerischen Privatbrauerei, der Pschorrbrauerei in München, und der größten deutschen Aktienbrauerei, der Schultheiß-Patenhofer-Brauerei in Berlin, ist nunmehr perfekt geworden.

Poego Elektrizitäts-A.-G. in Chemnitz. Die a.-G. V. beschloß die Erhöhung des Grundkapitals um 20 auf 60 Mill. M. Die jungen Aktien, die für das laufende Geschäftsjahr von dividendenberechtigten sind, werden den Aktionären durch Vermittlung eines Bankenkonsortiums im Verhältnis 2:1 zu 12 1/2 Prozent angeboten. Nach Mitteilungen der Verwaltung ist der Geschäftsgang durchaus befriedigend.

Börsenberichte.

Mannheimer Effektenbörse.

Mannheim, 14. Sept. Die Börse verkehrte zu rückgängigen Kursen. Anilin blieben zu 1590 Prozent örtlich, ebenso Bremen-Besigheimer zu 1800 Prozent, Zucker Frankenthal zu 850 Prozent und Zucker Waghäusel zu 850 Prozent. Berg standen im Verkehr: Gebr. Fahr-Aktien zu 735 Prozent, Berg zu 545 Prozent, Freiburger Ziegelwerke zu 630 Prozent und Wärd u. Freytag zu 555 Prozent. Continentale Versicherungs-Aktien begehrt zu 1700 M., Mannheimer Versicherungs-Aktien zu 1950 M. und Neckarsulmer zu 770 Prozent.

Devisenmarkt

Table with exchange rates for various cities including London, New York, Amsterdam, and Stockholm. Columns show rates for different currencies and dates.

Dollarkurs 1525 Mark.

haben sich wenig verändert, da die Dollarschwankungen auch nur gering waren; wir haben wieder mal seit längerer Zeit eine Woche hinter uns, welche uns Preisveränderungen verhältnismäßig nur geringer Art brachte.

Table with market data for Liverpool, 14. Septbr. (W) Baumwolle (in engl. Pfd. v. 454 g.) showing prices for different grades.

Amerikanischer Funkdienst.

Table with telegraph rates for New York, 14. Septbr. (W) Funkdienst. Columns include destination, rate, and date.

Table with telegraph rates for Chicago, 14. Septbr. (W) Funkdienst. Columns include destination, rate, and date.

Schiffahrt.

Schiffenachrichten der Holland-Amerika Linie. Dampfer "Rotterdam" von New York nach Rotterdam, am 28. August nachm. von New York abgegangen.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Septbr.

Table with water level observations for various stations in September. Columns include station name, date, and water level.

Mannheimer Wetterbericht

vom 15. September morgens 7 Uhr. Barometer: 744.6 mm. Thermometer: 9.7° C. Niedrigste Temperatur Nachts: 9.5° C.

Waren und Märkte.

Leinsaatnotierungen. Buenos Aires für Monat Oktober 18.55 arg. Pes. für Februar 16.20 arg. Pes.; Rosario für Oktober 17.85 arg. Pes.

Vom Wachs- und Paraffinmarkt. (Bericht der Ludmar m. b. H. zu Köln a. Rh.) Den großen Kursschwankungen der Auslandsdevisen folgte eine Beruhigung, welche es ermöglichte, Notierungen in Reichsmark vorzunehmen.

Berliner Metallbörse vom 14. September.

Table with metal prices from the Berlin metal exchange on September 14. Columns include metal type, price, and date.

Advertisement for '8 Uhr 13' Das Geheimnis des Deltaklubs' and 'Schatten der Vergangenheit' at Schauburg theater.

Advertisement for 'Ankauf v. Brillanten, Schmucksachen und Uhren' by H. Sosnowski.

Advertisement for 'Mannheimer Herbst-Pferderennen' on September 10, 13, and 17.

Advertisement for '1 oder 2 möbl. Zimmer' with details on location and amenities.

Large advertisement for 'Das Liebesnest' at Palast-Theater, featuring a film adaptation of a novel.

Advertisement for 'Sodoms Ende' at Union-Theater, a drama in 5 acts.

Advertisement for 'Verlobte' featuring furniture and interior design services.

Advertisement for 'Kammer-Lichtspiele' featuring 'Die schwarze Lou' and 'Scepiraten'.

Advertisement for 'Miet-Gesuche' for office spaces (Büro-Räume).

Advertisement for 'Gut möbliertes Zimmer' and other real estate listings.

